



Foto: Bernd Marzi

NEWSLETTER

2/2016

+ + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + + KURZNACHRICHTEN + +



Am 14. Juni hatte ich ein Gespräch mit Alexandra Sochaczewski, die auf meinen Vorschlag am dies-jährigen Parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Bundestages in den USA teilnehmen wird.



Foto: Shakira-Jil Habersaat

Austausch im Amtsgericht Reinbek am 27. Juni mit Martin Habersaat und Ralf Stegner.



Foto: Petra Burmeister

Im Rahmen der 800-Jahr-Feier Geesthacht wurde die Bahnstrecke von Geesthacht nach Hamburg/Bergedorf für zwei Tage wiederbelebt.



Foto: Arge GF-BT GbR

Unter dem Titel 'Pflegepolitik' waren im Juli etwa 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu einer dreitägigen BPA-Fahrt in Berlin.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

die vergangenen drei Monate, mit denen sich die diesjährig zweite Ausgabe meines Newsletters befasst, waren von besonders vielen Gesetzesvorhaben geprägt. Sowohl die Sommerpause als auch die im kommenden Jahr bevorstehende Bundestagswahl ließen die Tagesordnungen sehr dicht werden. Mit den folgenden Seiten spreche ich eine Auswahl aktueller Themen an, unter anderem das nun errungene Fracking-Verbot, die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG 2017), das veränderte Sexualstrafrecht, aber auch fortwährende Themen wie etwa den aktuellen Stand zum Freihandelsabkommen CETA.

Mit der Rückschau auf eigene Veranstaltungen, einer Terminvorschau und einer Collage mit Fotos aus den letzten drei Monaten schließt der Newsletter.

Anregendes Lesen wünscht
Ihre und eure



Dr. Nina Scheer
SPD-Bundestagsabgeordnete
Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd

Inhalt

- Themenauswahl – April bis Anfang Juli 2016 3
- Eigene Veranstaltungen 12
- Eigene Termine & Terminhinweis 15
- Bilderschau 16

Themenauswahl – April bis Anfang Juli 2016

Fracking

Nach Verhandlungen, die sich über mehr als ein Jahr erstreckten, hat der Deutsche Bundestag am 24. Juni 2016 das Fracking-Gesetzespaket (Wasserrecht & Bergrecht) beschlossen.

Mit den neuen Regelungen wird in Deutschland das aus den USA durch seine Flächenintensität bekannte Fracking verboten. Dies ist ein großer Durchbruch und Erfolg, den es ohne die Beharrlichkeit der SPD-Bundestagsfraktion nicht geben würde. Das Verbot des unkonventionellen Frackings für Öl und Gas aus sogenannten unkonventionellen Lagerstätten bzw. in Schiefer-, Ton- oder Mergelgestein oder Kohleflözgestein ist unbefristet und gilt deutschlandweit. Vier Probebohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken wird es nur dann geben, wenn die jeweiligen Landesregierungen ihre Zustimmung erklären. Einige Länder, etwa Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, haben bereits vor längerer Zeit Fracking gänzlich ausgeschlossen.

Auch wenn mit dieser Entscheidung sogenanntes konventionelles Fracking weiterhin möglich bleibt, gelten für diesen Bereich deutlich verschärfte Umweltauflagen und Ausschlussgebiete. Dabei muss bedacht werden: Die Mengen, die nach heute verfügbarer Datenlage für konventionelle Ressourcenförderung aufgesucht werden können und seit Jahrzehnten aufgesucht werden, beziffern sich auf ca. 90 bis 110 Mrd. m³ inklusive Sandgesteinsvorkommen. Demgegenüber stehen 320 bis 2.030 Mrd. m³ unkonventionell erschließbare Ressourcen. Somit war es wichtig, für diesen großen Bereich ein Fracking-Verbot zu schaffen, bevor hier neue Geschäftsfelder aufgetan werden.

Grundsätzlich trete ich für ein umfassendes Verbot von Fracking ein, erachte die nun vereinbarte Neuregelung aber für notwendig, um so zumindest zu einem Verbot des wesentlich rohstoffreicheren und flächenintensiveren unkonventionellen Fracking zu gelangen. Unter den verschärften Umweltauflagen wird konventionelles Fracking zudem zukünftig deutlich erschwert.

Ein darüber hinausgehendes klima-, gesundheits- und umweltpolitisches Ziel muss die generelle Abkehr von fossilen Energieressourcen sein sowie ein vollständiger Umstieg auf Erneuerbare Energien. Bundesweit gesehen betrifft dies etwa auch die Braunkohle.

Wer von Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit Blick auf das Gesetzespaket forderte, dem Fracking-Verbot nicht zuzustimmen oder entsprechenden Aufrufen folgte, sollte sich vergegenwärtigen, dass mit einer Ablehnung des Gesetzespakets zum Wasserhaushaltsgesetz und Bergbaurecht jedwedes Fracking grundsätzlich und auf unabsehbare Zeit weiter erlaubt geblieben wäre. Eine solche Entscheidung hätte ich nicht für verantwortbar gehalten.

http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-06-21-PM_Scheer_Durchbruch%20fr%20Frackingverbot%20erzielt.pdf

Link zur Persönlichen Erklärung nach § 31 GO Bundestag:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-04-28-Erklrung%2031%20GO-Fracking.pdf>

Link Änderungsbedarfe zum Fracking-Gesetzesvorhaben:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2015-04-01-nderungsbedarfe%20zum%20Fracking-Gesetzesvorhaben.pdf>

EEG 2017

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag das Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG 2017 (im Verfahren noch EEG 2016 benannt) beschlossen.

Im parlamentarischen Verfahren ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, wertvolle Veränderungen durchzusetzen. So wird im Zuge der Umstellung vom Einspeisevergütungssystem auf Ausschreibungen zur Wahrung von Akteursvielfalt die Möglichkeit der Teilnahme auch von Kommunen gestärkt. Teilhabe kann an der Energiewende auch über Städte und Gemeinden erfolgen, indem Bürgerenergiegesellschaften zehn Prozent ihrer Anteile der Kommune vor Ort anbieten müssen. Schließlich haben nicht alle Menschen die finanziellen Möglichkeiten der eigenen Beteiligung, können so aber über ihre Kommune beteiligt werden. Teilhabe stärkt die Akzeptanz für Veränderungen, die mit der Energiewende einhergehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zudem eine Öffnung für ergänzende Länder-Regelungen durchgesetzt. Bereits mit dem Kabinettsentwurf mussten Bürgerenergiegesellschaften zudem keine Bundesimmissionsschutz-Genehmigung vorlegen. Hiermit wird ihnen eine Hürde in der Projektplanung erspart. Die Vergütung von Bürgerenergiegesellschaften, die erfolgreich an einer Ausschreibung teilgenommen haben, orientiert sich am höchsten bezuschlagten Gebot (Bonus für Bürgerenergie), womit ein weiterer Anreiz mit Chancen auf Teilhabe gegeben wird.

Mit den parlamentarischen Verhandlungen konnten durch die SPD-Bundestagsfraktion im EEG auch erste Schritte für Sektorkopplung – der Verknüpfung des Stromsektors mit dem Wärme- und Verkehrssektor – angelegt werden. Strommengen aus Erneuerbaren Energien, die andernfalls abgeregelt werden, sollen als sogenannte zuschaltbare Lasten für den Wärmesektor oder andere Umwandlungsformen, etwa Speicher, verwendet werden können. Über eine Verordnungsermächtigung wird zudem für sogenannten Mieterstrom eine Teilhabemöglichkeit entstehen.

Für Wind Onshore konnte gegenüber dem Koalitionspartner das Referenzertragsmodell verteidigt werden, womit ein bundesweiter Ausbau möglich bleibt. CDU/CSU konnten sich ferner nicht damit durchsetzen, Entschädigungen bei Abregelungen weitergehend zu kürzen, was zu Investitionsunsicherheiten geführt hätte.

Für Wind Offshore konnte das Ziel von 15 GW installierter Leistung beibehalten werden. In den nun vorgenommenen, sowohl zeitlichen als auch räumlichen Zuordnungen von Ausbaumengen, liegen allerdings auch Hemmnisse.

Für Kleinanlagen der Bioenergie von unter 150 kW wurde mit dem parlamentarischen Verfahren eine Teilnahmemöglichkeit an Ausschreibungen geschaffen. Sie hatten nach der EEG-Novelle 2014 eine nur noch sehr eingeschränkte Perspektive. Ablaugeanlagen der Zellstoffindustrie in Ost- und Westdeutschland erhalten eine weitere Förderung über

fünf Jahre. Der Beginn der Degression für Geothermieranlagen wird um ein Jahr auf den 1. Januar 2021 verschoben.

Mit der Entscheidung einer Systemumstellung auf Ausschreibungen wird jedoch ein Instrument der Mengensteuerung eingeführt. Internationale Erfahrungen mit Ausschreibungen zeigen, dass es über die Gebotsverfahren zu einer Einschränkung der Akteursvielfalt und Verlagerung auf Großinvestoren kommen kann. Zudem werden gemäß der Erfahrungen mit Ausschreibungsmodellen häufig größere Mengen der Zuschläge letztlich nicht realisiert, was insgesamt zu einem Minderausbau führt. Preissenkende Wirkungen, die mit Ausschreibungen erreicht werden, können sich hierüber und über Monopolbildungen in der Akteursstruktur nivellieren, wenn nicht gar ins Gegenteil verkehrt werden. Auch wenn das EEG 2017 Bürgerenergieanlagen in gewissem Umfang begünstigt, wird die Teilnahme an Ausschreibungen für kleine Akteure möglicherweise dennoch eine Hürde darstellen. So nahmen an Gebotsrunden im Zuge des Pilotverfahrens für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zwar auch kleinere Akteure teil, allerdings in verhältnismäßig geringerem Ausmaß als im Rahmen des herkömmlichen Einspeisevergütungssystems.

In Kombination mit den nun begrenzenden Ausbaukorridoren, die in Deutschland mit dem EEG 2016 nun erstmals als jährliche fixe Obergrenzen festgeschrieben werden, können nach Sachverständigenmeinung unsere Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Insofern erachte ich es als besonders problematisch, dass mit unserem Koalitionspartner keine Regelung vereinbar war, bezuschlagte, nicht realisierte Ausbaumengen durch nachfolgende Gebotsverfahren wieder aufzugreifen. Ein Minderausbau führt auf diesem Weg zwangsläufig zu einer Unterschreitung des jeweiligen Ausbaukorridors. Auch das Erreichen der Ausbauziele von 40 bis 45 % bis 2025 aus dem Koalitionsvertrag steht in Frage. Alle fünf hiernach im Rahmen der Öffentlichen Anhörung am 4. Juli 2016 befragten Sachverständigen verneinten, dass die Energiewende- und Klimaschutzziele mit der aktuellen EEG-Novelle zu erreichen seien.

Aus der völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarung der Klimakonferenz von Paris ergibt sich für die Bundesrepublik Deutschland eine klare Verpflichtung zur Ablösung fossiler Energien. Große Potenziale für die Schaffung neuer Arbeitsplätze liegen in einer Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität. Dies bedeutet, dass wir zukünftig auf zunehmend mehr Erneuerbare Energien angewiesen sind. Eine Drosselung des Ausbaus, wie er mit dem EEG 2017 beschlossen wird, erschwert dies und gefährdet bereits geschaffene Arbeitsplätze. Das EEG 2017 darf nicht zu einer Innovationsbremse werden.

Insofern müssen die mit dem EEG 2017 eingeführten Ausschreibungen regelmäßig auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Bereits der Koalitionsvertrag sieht an sich vor, „(...) dass vor der Einführung von Ausschreibungen in einem Pilotprojekt nachgewiesen werden kann, dass die Ziele der Energiewende auf diesem Weg kostengünstiger erreicht werden können“. Eine dahingehende Evaluation, die auch die Realisierung der Projekte und nicht nur die Gebotsverfahren berücksichtigt, hat im Vorfeld der EEG-Novelle nicht stattgefunden. Nach der EU-Beihilfeleitlinie wären über die sogenannte De-Minimis-Regelung weitreichende Ausnahmen von Ausschreibungen möglich. Diese Möglichkeiten zur Wahrung von Akteursvielfalt und um die Praktikabilität von Ausschreibungen zunächst zu überprüfen, blieben ungenutzt.

Mit Hilfe Erneuerbarer Energien und unter Einsatz von Energieeffizienztechnologien ist bereits binnen weniger Jahre eine Entkopplung von Wachstum und relativen Energiebedarfen gelungen.

Erneuerbare Energien stehen für einen weltweit verfügbaren und damit von Grund auf gerechten Zugang zu Energie. Die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen wird bei ihrer Verknappung und zugleich steigenden Energiebedarfen zu massiven Verteilungskämpfen führen, die Gefahr von Kriegen verschärfen und die Schere zwischen Arm und Reich in einem unvorstellbaren Ausmaß auseinanderdrücken. Flucht vor dem Klimawandel und vor Energiearmut wären absehbare Entwicklungen mit verheerenden Folgen. Diese vor uns liegenden Aufgaben hat zuletzt eindringlich die Klimakonferenz von Paris unterstrichen.

Das für die Erfolge der Energiewende bislang maßgebliche Instrument des Einspeisevergütungssystems EEG hat weltweite Ausstrahlungswirkung. Allein in Deutschland entstanden dabei weit über 400.000 Arbeitsplätze, die allerdings bereits durch die letzten EEG-Novellen und hier vorgenommene Einschnitte, insbesondere bei Photovoltaik und Bioenergie, rückläufig sind.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf unsere Energiewende- und Klimaschutzziele bedarf es in den folgenden Schritten einer Anpassung und Aufstockung der Ausbaukorridore sowie eines weiterführenden Instruments der Sektorkopplung, sodass wir auch zu einer Wärme- und Verkehrswende gelangen, wofür das EEG 2017 erste Anknüpfungspunkte bietet.

In einer Gesamtabwägung kam ich mit Blick auf die genannten energiewendebeschränkenden Auswirkungen der EEG-Novelle trotz meiner intensiven und auch erfolgreichen Bemühungen, in wichtigen Fragen zielführende Veränderungen herbeigeführt zu haben – etwa die Sektorkopplung und die Akteursvielfalt betreffend – zu dem Schluss, mit Nein zu stimmen.

Im Vorfeld des parlamentarischen Verfahrens zum EEG 2017 habe ich mich eingehend in Form folgender „Eckpunkte zum EEG 2016“ mit den genannten, aber auch weitergehenden Fragestellungen, auseinandergesetzt, vgl.:

http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-05-09-Scheer_Eckpunkte%20zum%20EEG%202016.pdf

Link zum Videomitschnitt der Öffentlichen Sachverständigen-Anhörung zum EEG 2017:
<https://www.bundestag.de/mediathek?action=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=6956880&instance=m187&categorie=Ausschusssitzungen&mask=search&lang=de>

Link zum Deutsche Welle-Interview zum EEG 2017:
<http://www.dw.com/de/klimaziele-mit-neuem-eeg-nicht-erreichbar/a-19378865>

Link zur Persönlichen Erklärung nach § 31 GO Bundestag:
<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-07-08-Erklärung%2031%20GO-EEG%202016.pdf>

'Nein heißt Nein' wird Gesetz

Nach langem Ringen ist es in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause gelungen, eine Reform des Sexualstrafrechts umzusetzen, mit der auch über Jahre kritisierte Rechtslücken geschlossen werden. So soll in Orientierung der sogenannten Istanbul-Konvention der Grundsatz 'Nein heißt Nein' im Sexualstrafrecht verankert werden. Hierzu hatte es noch nach Einbringung des Gesetzentwurfes umfassende Änderungen gegeben.

Grundsätzlicher Konsens bestand zwischen den Koalitionsfraktionen sowie den Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen über den reformierten § 177 Strafgesetzbuch (StGB). Uneinigkeiten bestanden hingegen bei zugleich vorgenommenen Änderungen im Aufenthaltsrecht und bezüglich des neu geschaffenen Tatbestandes: 'Straftat aus Gruppen'. Eine unterteilte namentliche Abstimmung führte im Ergebnis dazu, dass die 'Kernreform' mit den Ja-Stimmen aller abgegebenen Stimmen verabschiedet wurde. Dies ist äußerst selten und zeigt die große Einigkeit über die Reformbedürftigkeit.

Die geänderte Fassung weicht erheblich vom ursprünglichen Regierungsentwurf ab. Dieser hatte vorgesehen, vermutete Schutzlücken etwa in Hinblick auf Überraschungstaten im bestehenden § 179 StGB zu regeln und war nicht so umfassend. Mit ihm trug Justizminister Heiko Maas dem Umstand Rechnung, dass die Reformbereitschaft bei CDU/CSU zunächst nicht gegeben war: Mehr als ein halbes Jahr traf das Bundeskabinett keine Entscheidung über den Referentenentwurf. Erst nach der Silvesternacht entwickelte sich die Einigungsbereitschaft für die nun erlangte Reform. Wichtig ist mir hierbei zu betonen, dass die Ereignisse der Silvesternacht die Reformbedürftigkeit nicht veranlasst, sie aber unterstrichen hat. Die Reformbedürftigkeit bestand auch ohne die aus jener Nacht bekannten massenhaften Übergriffe – unabhängig von der Herkunft der Täter.

Die geänderte Fassung des Gesetzentwurfes sieht hingegen nun vor, den § 177 StGB neu zu fassen ('Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung') und dort auch die Missbrauchstatbestände des 179 StGB aufgehen zu lassen. Die wesentliche Änderung dabei ist, dass alle sexuellen Handlungen gegen den "erkennbaren Willen" einer anderen Person unter Strafe fallen sollen ('Nein heißt Nein'). Für diese Taten sieht das Gesetz im Absatz 1 eine Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und fünf Jahren vor. Der 'erkennbare Wille' muss dabei laut Begründung entweder ausdrücklich verbal oder konkludent, beispielsweise durch Weinen oder Abwehrhandlungen, ausgedrückt werden. Das gleiche Strafmaß ist im Absatz 2 für Taten vorgesehen, bei denen ein Täter etwa ausnutzt, dass das Opfer nicht in der Lage dazu ist, einen solchen Willen zu bilden oder zu äußern. Ebenfalls umfasst davon sind Taten, bei denen ein Überraschungsmoment ausgenutzt wird.

Als neuer Straftatbestand soll im § 184i StGB die sexuelle Belästigung normiert werden. Er zielt auf Taten, die nicht die Erheblichkeitsschwelle für 'sexuelle Handlungen' des § 184h StGB überschreiten, womit das 'Begrabschen' aufgegriffen wird.

Freihandelsabkommen CETA

Das zwischen der EU und Kanada ausgehandelte Freihandelsabkommen CETA befand sich zuletzt in der sogenannten Rechtsförmlichkeitsprüfung und wurde in EU-Amtssprachen übersetzt. Die offizielle deutsche Übersetzung liegt nun seit 6. Juli 2016 vor. Im ersten Halbjahr hatte Sigmar Gabriel eine Herausnahme von zuvor vereinbarter Schiedsgerichtsbarkeit erreicht. Nach wie vor enthält das Abkommen aber Investitionsschutzregelungen, die zu Klagen von Unternehmen gegen die EU und die EU-Mitgliedstaaten (und auch Kanada) führen können. Ferner ist das Abkommen weiterhin auf den Abbau von Handelshemmnissen, mithin Deregulierung, ausgerichtet und sieht eine sogenannte 'Regulatorische Kooperation' zu investitions- und handelsrelevanten Rahmenbedingungen vor. Eben Letzteres veranlasst eine faktische Verlagerung der Fortentwicklung von Recht auf hierfür eingesetzte Gremien. In diesen Fragen erkenne ich einen Grundkonflikt mit sozialdemokratischen Prämissen zum Erhalt von demokratisch legitimer Gestaltungshoheit. Nach meiner Überzeugung sollten wir verstärkt die Grundausrichtung von Freihandelsabkommen hinterfragen. Globale Wirtschaftsbeziehungen verlangen nach Handelsabkommen, zugleich aber auch danach, unsere verfassungsrechtlich, EU- wie auch UN-völkerrechtlichen Nachhaltigkeitsziele zu berücksichtigen. Hiernach bedarf es „fairer“ Handelsabkommen statt „freier“ bzw. auf Deregulierung ausgerichteter Abkommen. Auch im Interesse einer nach innen zu stärkenden EU sollte dies überdacht werden.

Vor einigen Wochen – kurz nach der Brexit-Entscheidung – hatte sich die EU-Kommission für die Einstufung von CETA als EU-only bzw. nicht-gemischtes Abkommen ausgesprochen. Dies hätte zur Folge, dass CETA nicht durch die EU-Mitgliedstaaten zu ratifizieren wäre. Nach heftigen Protesten korrigierte die EU-Kommission ihre Ankündigung und bereitet CETA nun als gemischtes Abkommen zur Unterzeichnung für den Herbst vor. Offen bleibt dabei bislang, welche Teile des Abkommens als EU- und welche als mit nationalen Zuständigkeiten versehen behandelt werden und wie etwa mit dem neu ausgestalteten Investitionsschutz verfahren wird, zumal die erklärte öffentliche Gerichtsbarkeit für die Praxis noch nicht entwickelt wurde.

Die EU-Kommission hat zudem angekündigt, dass CETA „bald unterzeichnet, vorläufig angewandt und abgeschlossen werden kann“, so EU-Kommissarin Malmström. Nach einer entsprechenden Entscheidung durch den Ministerrat und das EU-Parlament könnten EU-only Teile des Abkommens noch vor einer Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten in Kraft treten.

Gerade mit Blick auf die kurz zuvor gefallene Referendums-Entscheidung der Briten, aus der EU auszutreten, halte ich das Vorgehen der EU-Kommission hinsichtlich der Einstufung von CETA als EU-only bzw. – nun doch gemischtes – Abkommen, für unverantwortlich. Wenn wir vermeiden wollen, dass weiteres Vertrauen in die EU verloren geht, sollten Zuständigkeitsfragen im Zweifel oder bei strittiger Auslegung eher eine Ratifizierung vorsehen. Alles andere gefährdet den Zusammenhalt der EU.

Link zur Pressemitteilung: Scheer: Diskussion um CETA kennzeichnet Demokratiedefizit in der EU:

www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-06-30-PM_Scheer_Diskussion%20um%20CETA%20kennzeichnet%20Demokratiedefizit%20in%20der%20EU.pdf

Link zu meiner Publikation: Handel braucht Wandel - Für eine Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik (Oktober 2015):

http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2015-10-16-Nina_Scheer-Handel_braucht_Wandel.pdf

Link zum CETA Vertragstext in deutscher Sprache, veröffentlicht am 6. Juli 2016:

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/?fuseaction=list&n=10&adv=0&coteld=&year=&number=&version=F&dateFrom=2016-07-04&dateTo=&serviceId=67&documentType=&title=Kanada&titleLanguage=&titleSearch=EXACT&sortBy=DATE&sortOrder=DESC>

Glyphosat

Die EU-Kommission verlängerte am 29. Juni die Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat um 18 Monate. Bis zum Ablauf dieser Zeit soll eine neue Studie der europäischen Chemikalienagentur klären, ob Glyphosat als krebserregend einzustufen ist. Ursprünglich stand eine Wieder-Zulassung um 15 Jahre in Rede. Eine solche Entscheidung wurde aber sowohl im Europaparlament als auch in Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, kritisch gesehen.



Die SPD-geführten Ministerien hatten sich im Vorfeld der Entscheidung mit Unterstützung aus der SPD-Bundestagsfraktion – auch meiner Stimme – für ein Verbot ausgesprochen. Die für eine Verlängerung notwendige Mehrheit kam anschließend sowohl im zuständigen EU-Fachausschuss als auch im Berufungsausschuss nicht zustande. Da es aber auch für die Ablehnung des Kommissionsvorschlags keine Mehrheit gab, konnte die EU-Kommission letztlich allein entscheiden. Dass die Zulassung nun für nur 18 Monate statt 15 Jahre erfolgte, ist dabei den genannten Kontroversen geschuldet. Ein solches Verfahren lässt erkennen, dass die Einwände gegenüber Totalherbiziden inzwischen zunehmend Gehör finden. Dies ist ein wichtiges Signal mit Blick auf die Notwendigkeit, bedrohter Artenvielfalt und Biodiversität entgegen zu wirken – ganz abgesehen von den mit Glyphosat aufgeworfenen gesundheitlichen Fragen. Zulassungsverfahren sollten verstärkt Langfristfolgen und Wechselwirkungen einbeziehen.

Link zur Persönlichen Erklärung nach § 31 GO Bundestag:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-02-25-Erklärung%2031%20GO-Glyphosat-Scheer.pdf>

Erbschaft- und Schenkungsteuerreform

Der Bundestag hat am 24. Juni 2016 die Anpassung der Erbschaft- und Schenkungsteuer an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 beschlossen. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis 30. Juni 2016 eine Neuregelung zu finden.

Für verfassungswidrig wurde erklärt, inwiefern und inwieweit Firmenerben bei der Erbschaftsteuer besser gestellt wurden als Erben von Privatvermögen. Außerdem wurde die Steuerbefreiung des Verwaltungsvermögens, die Ausnahme von Kleinbetrieben vom Nachweis der Lohnsummenpflicht sowie die Begünstigung von sehr großen Erwerben ohne Prüfung einer Bedürftigkeit beanstandet.

Die Verhandlungen innerhalb der Regierungsfaktionen gestalteten sich von Beginn an schwierig, da die CDU/CSU-Fraktion eine aufkommensneutrale Novellierung anstrebte. Aufkommensneutralität kann aber nur erzielt werden, wenn zusätzlich neue Vergünstigungen eingeführt werden. Das verabschiedete Gesetz war somit der kleinste gemeinsame Nenner zwischen CDU/CSU und SPD. Es ist nicht klar, ob die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ausreichend umgesetzt werden und die neuen Verschonungen abermals zu weitgehend sind.

Der Bundesrat beschloss am 8. Juli, dass die bereits verabschiedete Reform im Vermittlungsausschuss nachverhandelt werden muss. Das Bundesverfassungsgericht wird sich nun erneut mit der Erbschaftsteuer befassen. Zweierlei ist hierbei denkbar: Zum einen könnte das Gericht eine Übergangsregelung verordnen. Das heißt: Die alten Regelungen würden weiterhin gelten, allerdings verbunden mit starken Einschränkungen zum Nachteil von Firmenerben. Oder das Gericht kann die alten Regelungen für nicht mehr anwendbar erklären. Die Erbschaftsteuer könnte dann nicht mehr erhoben werden - solange, bis sich Bund und Länder auf ein neues Gesetz verständigt haben.

Link zur Persönlichen Erklärung nach § 31 GO Bundestag:

<http://www.nina-scheer.de/images/PDF/2016-06-24-Erklrung%2031%20GO-Erbschaftssteuer%20und%20Schenkungssteuergesetz.pdf>

Integrationsgesetz

Am 7. Juli 2016 hat der Deutsche Bundestag das Integrationsgesetz beschlossen. Damit soll für viele Menschen, die Zuflucht in Deutschland gesucht haben und suchen, Integration und Teilhabe erleichtert werden. Das Gesetz verbessert die Angebote zum Spracherwerb und fördert eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig fordert das Gesetz die aktive Beteiligung an diesen Angeboten ein.

Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist einer der Kernpfeiler für gesellschaftliche Integration. Das Gesetz sieht daher ein Bündel von Maßnahmen vor, um die rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen: Für einen schnellen und sinnvollen Beschäftigungseinstieg legt der Bund ein Arbeitsmarktprogramm für 100.000 zusätzliche, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende auf. Zudem wird die Förderung der Berufsausbildung von Flüchtlingen deutlich verbessert:

Ausbildungsbegleitende Hilfen, die assistierte Ausbildung und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen werden Asylbewerberinnen und Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive nun erstmalig zur Verfügung stehen. Für Geduldete wird der Zugang erleichtert. Die Vorrangprüfung wird befristet für drei Jahre bei Asylsuchenden sowie Geduldeten ausgesetzt. Die Bundesländer bestimmen dabei selbst, in welchen Arbeitsagenturbezirken die Regelung Anwendung finden soll.

Außerdem wird mit dem Gesetz die von der SPD geforderte sogenannte 3+2-Regelung für Asylsuchende eingeführt, die hiermit nun eine Duldung für die Gesamtdauer der dreijährigen Ausbildung erhalten. Für eine anschließende Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei Jahre erteilt. Mit der 3+2-Regelung wird Rechtssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe geschaffen. Dies ist auch ein wichtiger Schritt zur Deckung des Fachkräftebedarfs. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens konnte durchgesetzt werden, dass bei einem Ausbildungsabbruch die Duldung einmalig zur Suche eines neuen Ausbildungsplatzes um sechs Monate verlängert wird. Dies gilt auch, wenn sich die Beschäftigung nicht unmittelbar anschließt.

Weiterhin fördert das Gesetz den raschen Spracherwerb, indem es den Zugang zu Integrationskursen für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive erleichtert. Zudem soll die Wartezeit bis zum Zustandekommen eines Integrationskurses von drei auf bisher sechs Monate verkürzt werden. Nicht zielführend erachte ich, Menschen mit geringerer Bleibeperspektive nicht gleichermaßen einzubinden. Denn ein Mehr an Integration ist immer ein Gewinn für alle – auch in Bezug auf Menschen, die Deutschland wieder verlassen.

Mit der Einführung einer befristeten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende soll den Bundesländern die Möglichkeit gegeben werden, die Verteilung von Schutzberechtigten besser zu steuern. Wer jedoch eine Berufs- bzw. Hochschulausbildung oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden wöchentlich aufnimmt, ist von der Wohnsitzzuweisung ausgenommen. Dies gilt auch in Bezug auf die Zusammenführung von Kernfamilien. Auf Beides hat die SPD-Bundestagsfraktion gedrungen.

NATO

Mit Sorge und Unverständnis betrachte ich das Agieren der NATO, aktuell in Form des Militärmanövers ‚Anakonda 2016‘ in Polen nahe der Grenze zu Russland. Ich erwarte von der NATO als weltweit stärkstes Militärbündnis, dass auch ihre Manöver im Zeichen von Deeskalation und Friedenssicherung durchgeführt werden. Selbst wenn ‚Anakonda 2016‘ als nationale Übung eines Einzelstaates durchgeführt wird, bleibt es ein NATO-Manöver und ist somit dem gesamten Militärbündnis und seinen Mitgliedstaaten zuzurechnen, zumal es unter Beteiligung von 18 NATO-Mitgliedstaaten und der ‚Schnellen NATO-Eingreiftruppe‘ in einer Stärke von 1.000 Soldatinnen und Soldaten durchgeführt wird. Weltweite Kriege und Krisen verlangen nach einem hohen Maß an Verantwortung im Umgang mit militärischer Gewalt. Wenn politische Lösungen gefragt sind, sind Militärübungen das falsche Signal und ein Spiel mit dem Feuer. Ein Militärbündnis sollte über Ort und Ausmaße von Manövern nicht das Heft des politischen Handelns in die Hand nehmen. Dies ist die Aufgabe von Staaten.

Eigene Veranstaltungen

Fraktion vor Ort:

Nachhaltige Schienenwege im Norden



Foto v.r.: Kirsten Lühmann, Nina Scheer, Reinhard Meyer, Manuela Herbort, nicht im Bild Peter Eichstädt

Gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Kirsten Lühmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, lud ich am 20. April 2016 zum Thema „Nachhaltige Schienenwege im Norden“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ zu einem „Bahn-Gipfel“ nach Schwarzenbek ein.

Unter der Moderation des SPD-Landtagsabgeordneten Peter Eichstädt diskutierten wir dabei mit Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Manuela Herbort, Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für Hamburg und Schleswig-Holstein, und den über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Region aktuelle verkehrspolitische Fragen. Wenige Tage zuvor hatte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 vorgestellt.

Link zum ausführlichen Bericht:

<http://www.nina-scheer.de/aktuell/487-bahn-gipfel-in-schwarzenbek-nachhaltige-schienenwege-im-norden.html>

Diskussionsabend zum Thema Flüchtlingspolitik



Foto v.l.: Stefan Studt, Nina Scheer, Renate Peters

Auf Einladung des SPD Ortsverein Lauenburg und Nina Scheer diskutierten etwa 80 Gäste am 26. Mai 2016 zusammen mit Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, zum Thema Flüchtlingspolitik.



Grillen in den Ahrensburger SPD-Büros



Gemeinsam mit dem SPD Ortsverein Ahrensburg und Tobias von Pein, örtlicher MdL, hatte ich für Sonntag, den 10. Juli 2016, zum Grillfest vor den Ahrensburger SPD-Büros eingeladen.

Mein Team

In meinem Team gab es in den letzten Monaten personelle Veränderungen:

Norman Schumann arbeitet seit April 2016 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Geesthacht. In meinem Abgeordnetenbüro in Berlin sind nun Fabian Zuber als Energiereferent und Isabel Winzer als wissenschaftliche Mitarbeiterin – beide halbtags – tätig.

Aktivitäten

Einblick in die verschiedenen Aktivitäten sowohl im Wahlkreis als auch andernorts bieten die Berichte auf meiner Homepage. Dort sind zudem Positionen und Reden abrufbar:

<http://www.nina-scheer.de>

Eigene Termine

Dienstag, 19. Juli 2016, 19.00 Uhr

Nina Scheer lädt ein:

Kreisübergreifende Ortsvereinsrunde

Quellenhof, Hindenburgstraße 16, 23879 Mölln

Donnerstag, 15. September 2016, 18.00 Uhr

Nina Scheer, MdB und Lars Klingbeil, MdB laden ein:

Fraktion vor Ort: Digitales Leben

AWO Büchen, Friedegart-Belusa-Straße 14, 21514 Büchen

Mittwoch, 5. Oktober 2016, 18.00 Uhr

Nina Scheer, MdB und Kerstin Tack, MdB laden ein:

Fraktion vor Ort: Bundesteilhabegesetz

Stadtwerke Geesthacht, Schillerstraße 9, 21502 Geesthacht

Donnerstag, 3. November 2016

Nina Scheer, MdB und Karl Lauterbach, MdB

Veranstaltung zur Reform der Pflegeberufe

Zeit und Ort folgt.

Terminhinweis

Dienstag, 1. November 2016, 19.00 Uhr

SPD-Kreisverband Lauenburg & SPD-Kreisverband Stormarn:

Wahlkreiskonferenz für den Bundestagswahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd mit Nominierung eines / einer Kandidaten/-in

Wohn- und Arbeitsgemeinschaft Louisenhof gGmbH, Industriestr. 8a, 21493 Schwarzenbek

Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de • www.nina-scheer.de

Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg

Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht



Foto: SPD-Landtagsfraktion



Foto: Jens Burmester



Foto: Frederik Digulla



Foto: Arge GF-BT GbR



Foto: J.Lippels



Foto: AsF Schleswig-Holstein



Foto: Arge GF-BT GbR

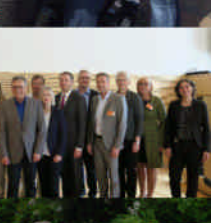


Foto: Shakira-Jil Habersaat



Foto: Stefan Huhndorf



Foto: Petra Burmeister